Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 25 (1935)

Heft: 40

Rubrik: Welt-Wochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 31.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Vergnügungen der Welt und die Vorteile, die Abgeschiedenheit und Einsamkeit dem Menschenherzen böten. Und erst von seinem Nachfolger habe sie durch die Blume erfahren, daß der „Schulrat" einen großen Teil seines Lebens wegen Falschmünzerei hinter Kerkermauern verbracht habe.

Sie habe aber immer nach Rudolf gefragt. Und abends um 9 Uhr endlich sei ihr alter Bekannter, der Bayer, erschienen.

„Sin S' halt net bös, Fräul'n", sagte er, „aber Ihr Bruder — der kann heut net kommen. Es geht ihm sehr gut und Sie wern bald von ihm hör'n! — Und jetzt fahr'n wir heim, net wahr?"

Sie war vollkommen baff. „Deshalb habe ich hier den ganzen Tag gesessen?"

Der Bayer zuckte verlegen die Achseln. Sie fuhren mit dem Lastwagen zum nächsten Taxihalteplatz. Dort verabschiedete sich der Bayer mit drolliger Höflichkeit von ihr. Als sie schon im Abfahren war, beugte er noch einmal seinen Kopf in den Wagen und flüsterte: „Gell, Fräul'n, wenn ich Sie 's nächste Mal besuch', dann alarmieren S' net gleich wieder das Ueberfallkommando!" (Fortsetzung folgt.)

Welt-Wochenschau.

Wahlen im Memel.

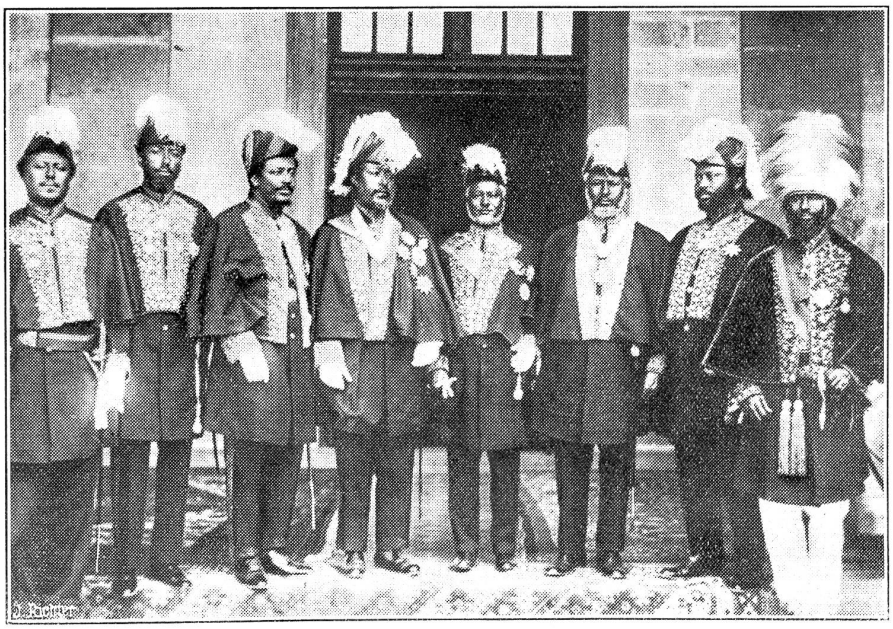
Der deutschen Behauptung, Litauen habe einem großen Teil der deutschblütigen Memelländer das Wahlrecht genommen und die zügigsten Kandidaten gestrichen, antwortet Litauen mit einem Dementi. Höchstens hundert Mann seien von der Wahlliste gestrichen, und nur drei Kandidaten, und nur solche, die in politische Händel verstrickt seien. Die Mahnung Hitlers an den Völkerbund, er möge dafür sorgen, daß die Regierung in Kaunas das beschworne Statut respektiere, beantworteten die Signatarmächte mit einer Demarche in Berlin, die man beinahe wie eine Warnung auffassen möchte. „Das deutsche Reich möge das seine dazu beitragen, um die Beziehungen zwischen ihm und Litauen zu verbessern." Die Demarche bezeugt, daß man in Paris und London der litauischen Darstellung vollen Glauben schenkt und die verschiedenen Vorwürfe des Reiches unbeachtet lassen will. Das könnte ein Fehler sein. Wenn die deutsche Presse von Tausenden eingebürgerter Litauer spricht, die das Bürgerrecht nur erhielten, um die Deutschen zu majorisieren, so ist dies immerhin ein sehr ernsthafter Klagepunkt. Und ebenso müßte man untersuchen, wie es sich mit der einseitig litauischen Besetzung der Wahlbehörden verhalte. Man sah voraus: Ergebnisse im Sinne der Regierung in Kaunas mußten Goebbels und mit ihm der gleichgeschaltete Blätterwald beantworten: „Gefälschtes Wahlresultat! Deutsche Stimmen massenhaft unterschlagen!"

„Die deutsche Einheitsliste", unter anderm Namen also die Naziliste, umfaßt alles Deutsche, sogar die Linksgruppen. Sie hat sich aus den Wahlbehörden hinaus manövrieren lassen oder selbst hinaus manövriert. Vielleicht mit voller Absicht, um nachher die Gültigkeit der Wahlen anfechten zu können! Schon diese Taktik bezeugt, daß der Wahlkampf mit allen Mitteln geführt wurde. Dazu kamen eine Reihe von Keilereien, und die Angreifenden waren fast auf der ganzen Linie Nazis. Nahezu humoristisch aber mutete die „passive Wahlresistenz" an: Die Stimmenden der Einheitsliste setzten sich in den „Wahlzellen" fest und räumten sie erst nach halbstündigen „Sitzungen". Vorwand bildete die Kompliziertheit der Wahlbogen. Damit hoffte man, die litauisch Gesinnten überhaupt von den Urnen fernhalten zu können. Die Regierung antwortete mit einer raschen Aenderung des Wahlgesetzes: Verlängerung der Wahldauer. Selbstverständlich wird diese Aenderung wieder ein Vorwand für die Anfechtung der Wahlen sein.

Resultat hin und her, niemand wurde drüber froh, ob nun die Deutschen oder Litauer Sieger wurden. Im einen Falle mußte den Nazis der Kamm, im andern die Wut schwellen, und die Litauer haben in beiden Fällen vermehrte Furcht vor bewaffneten Einfällen. Gerüchte jagen sich: Zehntausende stünden marschbereit am andern Ufer des Memelflusses; im Lande selbst rüste die Nazipartei, und alles Geschrei über die Bedrohung des Deutschtums diene dem einzigen Zweck, den Putsch vorzubereiten. Selbstverständlich sind nach der Naziversion die Deutschen lauter bedrohte Lämmer, die Litauer aber halbasiatische Barbaren, gegen die etwas „geschehen muß".

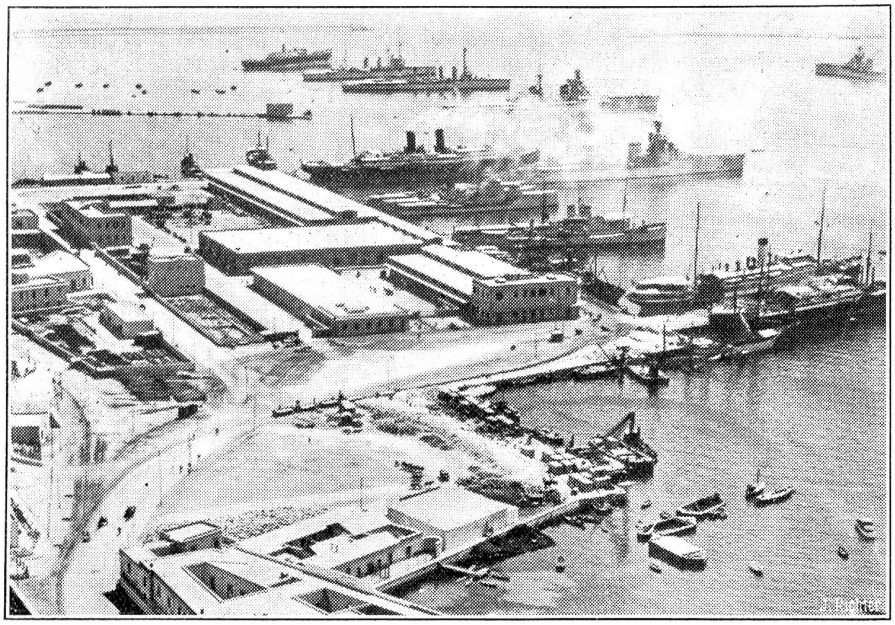
Ob wirklich „etwas geschieht", hängt in weitem Maße vom abessinischen Konflikt ab. Die Note der Signatarmächte trug u. a. noch die Unterschrift des italienischen Außenministers Aloisi. Das mag den Respekt der Berliner vor der „Demarche" weit herabgesetzt haben. Uebermorgen kann die dreifache Front der Signatarmächte durchbrochen sein, können sich wenigstens zwei von ihnen in den Haaren liegen. Paris ist überzeugt, daß Berlin auf diesen Glücksfall lauert, und London weiß, daß Paris davon überzeugt ist. Die „Wahlen in Memel" können zu einem denkwürdigen europäischen Datum werden. Nicht umsonst fallen sie zeitlich mit der britischen Erklärung über die Bereitschaft Englands, nicht nur im Falle Abessinien, sondern in andern Fällen ebensosehr die Grundsätze des Völkerbundes verteidigen zu wollen.

Hier haben also die Berliner Machthaber zum voraus eine Antwort auf jegliche Machenschaften, die man dem



Das schwarze Kabinett.

Hier sind sämtliche Minister des Negus in ihrer Amtstracht auf dem Bilde vereinigt. Von links nach rechts: Kenjazmatsch Takle Markos, Verkehrsminister; Belaten Chere Sahle Tsedalou, Erziehungsminister; Fitaurari Taffessa Hapte Mikael, Arbeitsminister; Tsahafi Tizaz Haile Wolde Roufe, Siegelbewahrer; Belaten Gheta Herouy Wolde Selassie, Aussenminister; Afenegus Atnafe, Justizminister; Bedjurond Fikre Selassie Katania, Finanzminister; Ligaba Hapte Mikael, Haushofmeister.



Italienisches Geschwader im neuen Hafen von Tripolis, wo ebenfalls Sicherungen für den Ernstfall vorgenommen werden.

Memeler Wahlausgang anschließen möchte. Liest man jedoch die britische Erklärung aufmerksam durch, so entdeckt man Klauseln. Großbritannien wird „alle Beschlüsse der Mitglieder des Völkerbundes überall und jederzeit durchführen". Das heißt, es setzt voraus, daß solche verpflichtenden Beschlüsse vorhanden sein müssen, und bekanntlich kann man ihr Zustandekommen sabotieren, wenn sie unbequem würden. Praktisch wichtiger als diese Proklamation ist die englische Anfrage an Frankreich, was es zur Unterstützung Englands zu tun gedenke für den Fall eines Konflikts im Mittelmeer. Die Frage lautet also fast genau wie die französische: Was gedenkt England zu tun, wenn irgendwo in Europa Versuche unternommen würden zur gewaltsamen Aenderung der bestehenden Verhältnisse?

Man sollte meinen, die zwei Westmächte müßten längst einig sein und ihre gleichlaufenden Interessen verbinden. Warum sie sich so langsam finden, erklärt sich aus verschiedenen Ursachen. Die Furcht der Engländer, sich auf dem Kontinent zu binden und anderswo nicht verfügbar zu sein, entspricht der Bangigkeit Frankreichs, isoliert zu werden. Mit gespanntem Atem horcht man darum in Berlin auf das britisch-französische Zwiegespräch, dessen Ausgang allein erkennen läßt, wie leicht oder wie schwer man den „Fall Memel" und später die „Fälle" Tschechien und Oesterreich auswerten könne.

Beschleunigen die neusten Verhandlungen zwischen Deutschland, Polen und Ungarn vielleicht die Endentschließungen in Paris und London? Es heißt, Ministerpräsident Gömbös aus Budapest sei bereit, die ungarischen Flugplätze der deutschen Luftfahrt zur Verfügung zu stellen. Andere Gerüchte wollen von polnisch-ungarisch-deutschen Einkreisungsverhandlungen gegen Tschechien und Oesterreich wissen. Ungarn, in dessen Augen Italien sich politisch rasch entwertet, hat offensichtlich das Steuer herumgeworfen, und es bildet sich eine böse zentraleuropäische Mine, zu der die Memeler-Zündschnur führt.

Mussolini marschiert und will verhandeln!

Nun wissen wir, was Mussolini will: Mit England verhandeln! Frage ist nur, ob England an Verhandlungen denkt, solange die italienische Mobilmachung weiter dauert, solange die Verschiffungen fortgehen und keinerlei Konzessionen angeboten werden. Die englische Position ist klar: Es wünscht, daß der Völkerbund diktiere, daß er die Verhaltungsmaßregeln umschreibe, muß also wünschen, daß der Duce seine Gegenvorschläge in Genf vorlege. Italien aber macht Miene, gerade in Genf keine derartigen Angebote zu machen. Wie auf diese Weise Verhandlungen zustande kommen sollen, weiß man nicht.

In den Verlautbarungen des italienischen Ministerrates, in welchem der mehrfache Minister-Duce fast souverän entscheidet, kommt dieser Wille zu direkten Verhandlungen mit England deutlich zum Ausdruck, obschon sie der Form nach eine kategorische Absage an Genf sind. Da wird Abessinien erneut beschuldigt, seine Angriffsdrohung hinter einem Schein-Rückzug 30 Kilometer hinter die Grenze zu maskieren. Dann wird gesagt, Italien werde nicht aus dem Völkerbund austreten, bis dieser die Verantwortung für allfällige Sanktionen übernehme. Italien will also die „Geschwornen in Genf" gewissermaßen vor der Tragweite ihrer Beschlüsse warnen. Alsdann wird erneut versichert, die britischen Interessen würden nicht verletzt, und kein italienischer Vormarsch werde Gebiete berühren, die nicht in den Verträgen von 1889, 1906 und 1925 als „italienische Interessensphäre" anerkannt wurden. Und schließlich soll die Welt wissen, daß Italien nichts unternehmen werde, um den Krieg über Abessinien hinaus „auszudehnen". Damit wird den Sanktionen beschließenden Mächten in Genf die Verantwortung für eine Weiterung des Krieges zugeschoben!

Ob Italien in seinem versteckten Rückzug weiter gehen, ob es in Genf selbst Gegenvorschläge machen wird, hängt gleich wie Deutschlands Verhalten sehr von der endgültigen englisch-französischen Einigung ab. Das Vorrücken der Italiener an der Dreiländerspitze Djibouti-Erythrea-Tigre, sowie die fascistische Generalmobilisation werden London und Paris hoffentlich Beine machen.

Japans neuster Vorstoss in China.

Die japanische Regierung hält den Moment für gekommen, dem schwachen chinesischen Reststaat seine Führung endgültig aufzuzwingen. Zunächst befaßt sich der japanische Ministerrat mit den „Richtlinien" des Vorgehens. Ins Auge gefaßt wird eine enge Zusammenarbeit zwischen Japan, Mandschukuo und China, vor allem wirtschaftlich und selbstverständlich auch politisch. Damit diese Zusammenarbeit ein gemeinsames Ziel habe, wird eine gemeinsame Bekriegung des Kommunismus in den mittlern Bergprovinzen geplant. Zum Dank soll die chinesische Regierung die japanfeindliche Propaganda in Mittel- und Südchina unterdrücken. Nordchina mit Peking und Schantung aber soll von Japan in neuer Form verspeißt werden: Durch gemeinsame Regelung der dortigen Verhältnisse durch die drei Staaten, wobei Japan dirigieren, Mandschukuo sekundieren und China gehorchen, ausführen und bezahlen dürften. Irgendwie scheint die kommunistische Gefahr in „Sowjetchina" das Vorgehen Japans zu beschleunigen. Auch der Anschluß der chinesischen Provinz Ostturkestan als selbständige Republik an Rußland spielt vielleicht mit.

-an-